

Die Bürgerinitiative unser Heimatboden vor Frankfurt setzt sich für den Erhalt der Landschaft und Böden mit ihren natürlichen Funktionen ein. Wir sind Gründungsmitglied im Bundesbündnis Bodenschutz (www.bundesbuendnis-bodenschutz.de).

Die Politik spielt für den Erhalt unserer Landschaft und Böden eine wichtige Rolle. Die Umsetzung der Vorgaben auf Bundes- bzw. Länderebene erfolgt dabei in den Kommunen bzw. in kommunalen Gremien. Das Thema „Flächenverbrauch“ ist aus unsere Sicht unabdingbar mit dem Erreichen der Klimaschutzziele verbunden. Die Haltung Ihrer Partei zu diesem Thema ist daher von besonderem Interesse.

Zum Hintergrund: Die Bundesregierung setzte in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie 2002 das Ziel, bis 2020 den Flächenverbrauch auf weniger als 30 ha /pro Tag (!) zu drosseln. Realität heute ist: Ziel verfehlt, es wird aktuell noch immer ca. das Doppelte an Land für Siedlung, Gewerbe, Verkehr „verbraucht“. Auch hier im Rhein-Main-Gebiet und in der angrenzenden Wetterau werden beste landwirtschaftliche Böden (unsere Lößböden sind Böden des Jahres 2020) bisweilen ungehemmt versiegelt.

Bereits 2016 empfahl der von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenrat für Umweltfragen einen klaren Schritt: den Flächenverbrauch bis spätestens 2030 auf Netto-Null zu begrenzen, d.h. wenn Fläche verbraucht wird, ist anderswo Boden für Acker, Wald oder Wiese zu entsiegeln. Der Sachverständigenrat empfahl auch, dieses Flächenziel verbindlich festzulegen. In dem Gutachten ist ausgeführt, wie dies rechtlich einwandfrei umzusetzen ist.

Die Vorgabe einer verbindlichen Flächenverbrauchs-Obergrenze im Landesrecht ist erkennbar der einzige Weg, unversiegelte Böden effektiv zu schützen und ihre natürlichen Funktionen für Wasserhaushalt, als Kaltluftentstehungsflächen, als Ernährungsgrundlage und für die Erholung der Menschen zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Ihre Partei um Stellungnahme zu nachfolgenden Fragen, die wir veröffentlichen:

Unsere Fragen

1. a) Setzt sich Ihre Partei für eine gesetzliche Regelung zur Begrenzung des Flächenverbrauchs in Hessen und der Region ein?

Antwort GRÜNE:

Wir setzen uns auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für die Begrenzung des Flächenverbrauchs ein.

Auf Bundesebene können Details hier nachgelesen werden: <https://www.gruene-bundestag.de/themen/bauen-wohnen-stadtentwicklung/umweltgerechte-bau-und-wohnpolitik-fuer-bezahlbaren-wohnraum-und-wohneigentum>

Der hessische Koalitionsvertrag enthält dazu folgende Passage: „Die Sicherung von landwirtschaftlichen Flächen, notwendigen Grünflächen in Ballungsgebieten und Naturschutzflächen ist uns wichtig. Wir wollen den Flächenverbrauch reduzieren und das im Landesentwicklungsplan vereinbarte Ziel, maximal 2,5 ha pro Tag zu verbrauchen und bis 2030 noch weiter zu unterschreiten, einhalten.“

In unserem Wahlprogramm für Frankfurt heißt es unter anderem: „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel und müssen zur Kenntnis nehmen: Es gibt in unserer Stadt keine „ungenutzten“ Flächen. Anders als oft suggeriert, wartet die „grüne Wiese“ eben nicht auf eine Nutzung. Sie stellt bereits eine Nutzung (Grünfläche) dar. Jede „Umnutzung“ enthält also einen Nutzungskonflikt, der sorgfältig abgewogen werden muss und dem wir uns in Verantwortung für eine ökologische und soziale Stadtentwicklung stellen müssen.“ ... „Flächensparsamkeit und intensives Grün ist der Leitgedanke für alles, was wir tun.“ ... „In der Innenentwicklung bleibt unsere Richtschnur: jede bauliche Entwicklung, jede Verdichtung muss mit einer deutlichen Verbesserung der Grün-Situation einhergehen. Wer Flächen bebauen will, soll Grün schaffen – sei es die Dachbegrünung, die Fassadenbegrünung oder eine öffentlich zugängliche Grünfläche. Diese „doppelte Innenentwicklung“ kann die beiden Ziele unserer Politik verbinden: lebenswerte, bezahlbare Stadt auch in Zeiten des Klimawandels.“

b) Setzt sich Ihre Partei als Zwischenziel auf dem Weg zum Netto-Null-Verbrauch für eine verbindliche Halbierung des Flächenverbrauchs in Hessen in den nächsten 5 Jahren ein?

Antwort GRÜNE:

Der Flächenverbrauch in Hessen ist seit 1999 in etwa halbiert worden. Wir setzen uns für eine weitere Reduzierung ein. Mit dem Baulückenkataster, mit dem Prinzip Innenentwicklung vor Außenentwicklung, dem Aufstocken von Gebäuden und Entsiegelungen. Eine weitere Halbierung innerhalb von 5 Jahren erscheint uns allerdings in Frankfurt nicht realistisch.

2. Um den Wettbewerb der Kommunen um neue Gewerbeflächen auf Kosten von Natur und Landwirtschaft zu entschärfen, müsste die Verteilung von Gewerbesteuererinnahmen gesetzlich geändert werden. Kommunen, die ohne Verbrauch neuer Gewerbeflächen auskommen, sollten besonders belohnt werden. Dies stärkt die Innenentwicklung. Unterstützt Ihre Partei diesen Ansatz?

Antwort GRÜNE:

Aktuell geht es um Kommunalwahlen, die gesetzlichen Regelungen für die Verteilung von Gewerbesteuererinnahmen sind Bundesgesetze. Kommunal regelbar ist dagegen das Verhältnis und die Kooperation innerhalb der Region. In unserem Wahlprogramm für Frankfurt heißt es dazu unter anderem: „Wir können gemeinsam mit der Region sowohl Lebensraum für uns Menschen als auch Naturräume erhalten und so entwickeln, dass sich ihr ökologischer Wert sogar erhöht.“ ... „(Wir) wollen den Ansiedlungswettbewerb über Hebesätze beenden und zu einem kooperativen Verhalten in der Region auch bei der Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik kommen.“ ... „Wir suchen die Zusammenarbeit mit der Region insbesondere bei Umwelt-, Klimaschutz- und Mobilitätsfragen, der Sicherung von regionalen Grünzügen, bei der Entwicklung neuer Qualitäten beim Wohnungs- und Gewerbebau und der Mietenbegrenzung, aber auch bei Migration, Bildung und Ausbildung. Auch in der Frage der Wasserversorgung wollen wir uns mit der Region und mit der Unterstützung des Landes auf nachhaltige Strategien einigen.“

3. Der ökologische Ausgleich für Flächenverluste erfolgt derzeit gar nicht bzw. in fragwürdiger Weise. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass für den Verlust des Schutzgutes Boden ein vollständiger Ausgleich durch Entsiegelung anderer Flächen verlangt wird?

Antwort GRÜNE:

In unserem Wahlprogramm für Frankfurt heißt es unter anderem: „Wir evaluieren das bisherige System der Ausgleichsmaßnahmen mit dem Ziel, ihren ökologischen Wert zu erhöhen und sie nachhaltig zu gestalten. In Verhandlungen mit den Investoren streben wir dabei Vereinbarungen zu einer langfristigen Kostenübernahme auch der Pflegekosten sowie zu einem nachhaltigen Monitoring der Qualität der Maßnahmen an. Ausgleichsmaßnahmen sollen dabei wo immer möglich in der Nähe der Projekte realisiert werden, aus denen sie resultieren.“ ... „Wir stellen ein Entsiegelungskonzept auf, definieren Ziele und eine Liste möglicher Flächen und beziehen die Bürger*innen bei der Begrünung mit ein.“ ... „Wir setzen umfangreiche Entsiegelung und die Schaffung von Grünräumen und Wasser auf öffentlichen und privaten Grundstücken inklusive Dach- und Fassadenbegrünung um. Im unbeplanten Innenbereich richten wir entsprechende bauaufsichtliche Beratung ein.“ ... „Jede bauliche Verdichtung, jeder Neubau, Umbau und Straßenbau muss dabei mit einer deutlichen Verbesserung der Grün-Situation einhergehen, z.B. auch bei Schulen, Schulhöfen, Kitas und Sportplätzen.“ ... „Wir schonen existierende Freiflächen auch bei der Nachverdichtung. Wir erstellen eine Freiflächengestaltungssatzung und erfassen solche Flächen systematisch. Neue Versiegelung wird ortsnahe ausgeglichen, zusätzlichen Flächenverbrauch für private PKW werden wir minimieren.“

4. Wenn Sie abwägen zwischen Ausweisung von Feldflur für neue Gewerbeansiedelungen oder Erhalt der lokalen landwirtschaftlichen Flächen, was hat für Ihre Partei Priorität?

Antwort GRÜNE:

Diese Frage ist pauschal nicht zu beantworten. Die grundsätzlichen Aussagen zum Umgang mit Flächenkonkurrenz sind in den weiteren Antworten bereits zitiert und gelten auch für Konkurrenzen zwischen Gewerbenutzung und Grünflächen. Wir sind aber überzeugt, dass auch die Frankfurter und die regionale Landwirtschaft ein hohes Gut ist. In unserem Wahlprogramm für Frankfurt heißt es unter anderem dazu: „In Frankfurt existieren etwa 5000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Das ist gut so. Denn wenn wir regional und ökologisch erzeugte Lebensmittel genießen wollen, können wir die nicht über den Frankfurter Flughafen importieren. Die neue Ökomodellregion Rhein-Main bietet für die Landwirt*innen und die Verbraucher*innen ein großes Potential. Das wollen wir zusammen mit den Landwirt*innen, den Verbraucher*innen, Solawist*innen und dem Ernährungsrat Frankfurt nutzen.“ ... „Daneben werden wir auch mit den landwirtschaftlichen Betrieben und mit den Grundbesitzer*innen in Frankfurt zusammenarbeiten. Unser Ziel ist dabei: Landwirtschaft in Frankfurt dient auch dem Landschafts- und Artenschutz, wir ermöglichen und pflegen Biotop und Rückzugsräume, agieren ohne schädliche Chemikalien wie Glyphosat und schützen so neben der Artenvielfalt auch unsere Gesundheit.“ ... „Wir streben gemeinsam mit der

Region eine Überarbeitung des Flächennutzungsplans zum besseren Schutz der Grünzüge und kulturell bedeutsamer, landwirtschaftlicher Flächen an.“

5. Politiker und Parteien sprechen sich oft medienwirksam für den Erhalt der Landschaft aus. Woran lässt sich der Einsatz Ihrer Partei gegen den drastischen Flächenverbrauch messen?

Antwort GRÜNE:

Wir sind überzeugt, dass wir insbesondere in Fragen des Flächenverbrauchs die drei Ziele Bekämpfung der Klimakrise, Bekämpfung der Biodiversitätskrise und Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum nach Bedarf in Frankfurt zusammen denken müssen. In unserem Wahlprogramm widmen wir diesem Komplex mit 39 Seiten fast 1/3 des gesamten Programms.

6. Haben Sie und Ihre Parteikolleg*innen noch Ideen zur Vermeidung weiteren Flächenverbrauchs?

Antwort GRÜNE:

Hier verweisen wir hinsichtlich der Kommunalen Handlungsmöglichkeiten auf unser Wahlprogramm, insbesondere das Kapitel „Leben im Klimawandel“: https://www.gruene-frankfurt.de/fileadmin/partei/00_Bilder/KW2021/Frankfurt_neu_denken_-_Wahlprogramm_2021.pdf